

Die Stille Revolution

Die Entmilitarisierung Europas nach 1945¹

In einem Vortrag, den er in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 17. Februar 1906 hielt, stellte der bedeutende deutsche Historiker Otto Hintze die These auf: „Alle Staatsverfassung ist ursprünglich Kriegsverfassung, Heeresverfassung.“² Dieser Zusammenhang zwischen Heer und Staat, zwischen Krieg und Politik, zieht sich als Leitmotiv durch die Geschichte – und vielleicht besonders durch die Geschichte Europas. Krieg – oder die Möglichkeit von Krieg – hat die Politik jedes einzelnen europäischen Staates sowie das europäische Staatensystem grundsätzlich geprägt. Gleichzeitig bestand eine enge Verbindung zwischen Kriegsverfassung beziehungsweise Heeresverfassung und der Kultur und Gesellschaft jener Staaten. „Die Disziplin des Heeres,“ schrieb Max Weber, „ist der Mutterschoß der Disziplin überhaupt.“³

Seit dem Ende des Mittelalters gab es drei große Revolutionen in der europäischen Kriegsverfassung – und jede ging einher mit revolutionären Umwälzungen des gesellschaftlichen Lebens der einzelnen Staaten und des gesamten Staatensystems.

Die erste war die Etablierung des stehenden Heeres, die für die Entstehung des modernen Staates von entscheidender Bedeutung war. Diese neue Heeresverfassung transformierte das Wesen des Krieges ebenso wie die Rolle, die ihm im europäischen Staatensystem zukam. Gleichzeitig wandelte sich auch die Rolle des Staates in der Gesellschaft. Nicht nur in Preußen – dem Militärstaat par excellence – sondern überall in Europa wurden staatliche Institutionen von der Notwendigkeit geprägt, diesen neuen Armeotypus aufzustellen, auszustatten und zu unterhalten. „In der Armee,“ so Hintze, „verkörpert sich der neue Staatsgedanke am deutlichsten und greifbarsten, der Gedanke des machtvollen, zentralisierten, absolutistischen Großstaats.“ Oder, in der lapidaren Zusammenfassung von Charles Tilly: „Staaten machten Krieg – und umgekehrt.“⁴

Die zweite Revolution war die Demokratisierung der Heeresverfassung, die im Revolutionszeitalter im 18. Jahrhundert einsetzte und in den Massenarmeen des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt fand. Auch hier sehen wir eine zwar komplizierte aber unverkennbare Verbindung zwischen militärischen und politischen Entwicklungen. Weil der moderne Soldat aus Überzeugung statt aus Zwang handeln sollte, war es unbedingt notwendig, dass er sich als Teil der Nation fühlte, als aktiver Bürger statt als passiver Untertan. Aus diesem Grund wurde die Wehrpflicht häufig mit sozialer und politischer Emanzipation in Verbindung gebracht. Der reaktionäre französische Theoretiker Hippolyte Taine nannte sie den «Zwillingsbruder» des allgemeinen Wahlrechts, «beide blinde und schreckliche Führer in die künftige Geschichte.» Am anderen Ende des

¹ Siehe zu den Themen dieses Vortrags James Sheehan, *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden* (aus dem Englischen von Martin Richter). München, 2008.

² „Staatsverfassung und Heeresverfassung,“ *Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte* (2. Auflage. Göttingen, 1962), 53.

³ Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Electronic Edition), 647.

⁴ Hintze, 70. Tilly, *Coercion, Capital, and European States, 990–1900* (Cambridge, 1990), Kapitel 3.

politischen Spektrums schrieb Friedrich Engels: «Die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts; sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen.»⁵ Die demokratisierende Wirkung der allgemeinen Wehrpflicht beschrieben sowohl Engels als auch Taine zu Recht. Seit der Entstehung der «Nation in Waffen» in den Revolutionskriegen der 1790er Jahre war die Massenarmee unmittelbar an die Erweiterung der Bürgerrechte und der politischen Mitsprache gebunden.

Im ganzen 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Pflicht, für den Staat zu kämpfen und notfalls auch zu sterben, die heiligste Pflicht des (männlichen) Bürgers und das Recht, diese Pflicht aufzuerlegen, war die Hauptquelle und Äußerung der Legitimität des Staates. Für den französischen Historiker Ernest Renan bildete diese Pflicht die Grundlage der Nation, die er 1882 als „eine große Gemeinschaft“ definierte, „die durch vergangene und künftige Opfer geschaffen wird.“ Um Hintze noch einmal zu zitieren: „Das Individuum erhält in dem modernen Staate eine doppelte Ausbildung, militärisch und bürgerlich. Das ganze System aber beruht auf jener veränderten Staatsauffassung, deren Kern darin besteht, dass in der Bevölkerung ein politisches Volksbewusstsein erwacht.“⁶ Nicht nur die Militärstaaten des Ancien Régime sondern auch die demokratischen Nationalstaaten der Moderne entstanden durch Krieg.

* * *

Die ersten zwei Revolutionen in der europäischen Kriegsverfassung sind sehr gut erforscht. Seit Jahrzehnten publizieren einige der bedeutendsten Historiker zu diesen Fragen. Ich erwähne sie deshalb an dieser Stelle nicht, um Ihnen etwas Neues zu erzählen, sondern als Hintergrund für das eigentliche Thema meines Vortrags: die vor kurzem abgeschlossene dritte Revolution der europäischen Kriegs- und Heeresverfassung. Sie hatte wie die ersten zwei Revolutionen starken Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der einzelnen Staaten und des europäischen Staatensystems und sie prägte das kulturelle und soziale Leben. Doch im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen wurde sie kaum wahrgenommen. Sie war und ist leicht zu übersehen, weil sie das Ergebnis von fast unsichtbaren Wandlungsprozessen ist. Es ist bemerkenswert, wie wenig Raum Fragen der Heeresverfassung in jener Forschungsliteratur eingeräumt wurde, die unsere Ansichten über die europäische Gesellschaft und Politik der sechziger und siebziger Jahren prägte. In den Registern dieser Publikationen sucht man oft vergebens nach Stichworten wie Wehrpflicht und Heeresverfassung.⁷ Tatsächlich verschwanden militärische Werte und Institutionen so unauffällig und leise, dass es kaum einem auffiel, als sie nicht mehr da waren. Wie wir sehen werden, ist diese Unsichtbarkeit ein charakteristisches Merkmal der dritten Revolution.

Doch was motivierte diese stille Revolution? Und welche politische und soziale Bedeutung kommt ihr zu?

⁵ Taine zit. n. Bertrand de Jouvenel, *Über die Staatsgewalt* (Freiburg im B., 1972), 20; Engels, „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei,“ (1865), *Marx-Engels Werke* (Berlin, 1962), 66.

⁶ Renan zit. n. Ulf Hedetoft, „National Identity and Mentalities of War in Three EC countries,“ *Journal of Peace Research*, 30. 3 (1993), 281; Hintze, 76.

⁷ Siehe z.B. Gabriel Almond and Sidney Verba, *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations* (Princeton, 1963) und S.Graubard, ed., *A New Europe?* (London, 1965).

Wie so viele andere beginnt auch diese Geschichte 1945, obwohl am Anfang der Nachkriegszeit die dritte Revolution keineswegs abzusehen war. Tatsächlich hatte es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Anschein, dass die bisherige Heeresverfassung – d.h. die auf der allgemeinen Wehrpflicht basierende Massenarmee – weiter fortbestehen würde. Alle Staatsmänner der Nachkriegszeit waren der Überzeugung, dass Massenarmeen als Instrument und Ausdruck der Souveränität unabdingbar waren. So löste zum Beispiel De Gaulle unmittelbar nach dem Krieg die Streitkräfte der Résistance auf und integrierte sie in der Feldarmee. Sogar Adenauer – mitnichten ein Freund des Militärs – legte die Grundlagen für eine westdeutsche Armee schon zu Beginn seiner Amtszeit.⁸

Auch in Großbritannien, wo erst 1939 spät und widerwillig die Wehrpflicht eingeführt worden war, beschloss die Labour-Regierung 1945, sie beizubehalten: Einerseits, um die globale Verpflichtungen des Landes zu erfüllen und andererseits, um die USA von der politischen Verlässlichkeit und militärischen Bedeutung Großbritanniens zu überzeugen.⁹ In Frankreich gab es eine starke Tradition der demokratischen Wehrpflicht und die politische Opposition gegenüber einer Berufsarmee war tief verwurzelt. Nach dem Wehrpflichtgesetz von 1950 mussten Männer 18 (später 30) Monate aktiv dienen, dazu drei Jahre in der aktiven Reserve, 16 in der inaktiven und weitere acht Jahre auf Abruf – dies ergab mit anderen Worten eine 28 Jahre dauernde Verpflichtung, von der nur wenige Ausnahmen gemacht wurden.¹⁰

Direkt nach dem Krieg wurde also überall in Europa die Wehrpflicht entweder beibehalten oder neu eingeführt. Erstaunlicherweise galt dies auch für die Nachfolgerstaaten des Deutschen Reiches. In der Bundesrepublik führte die Regierung trotz heftiger Opposition einer Minderheit und weitgehender Apathie der Bevölkerungsmehrheit 1956 die Wehrpflicht ein und vergrößerte die Armee schließlich auf eine halbe Million Mann. Und auch wenn der Staatsvertrag Österreich bestimmte Waffen verbot, wurden das Recht auf Landesverteidigung und die dazu notwendigen militärischen Mittel der neuen Republik von den Siegermächten zugestanden und von Österreich angenommen.¹¹

Mit Ausnahme Großbritanniens, wo die Wehrpflichtigenarmee 1960 durch eine Berufsarmee ersetzt wurde, galt in den europäischen Staaten bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die eine oder andere Form von Wehrpflicht. Aber schon seit den sechziger Jahren sank die politische, kulturelle und militärische Bedeutung dieser Armeen dramatisch. Und dies bringt mich zu meinem Hauptthema: die in der Nachkriegszeit stattgefundenene Entmilitarisierung, die stille Revolution in der europäischen Heeres- und Staatsverfassung.

Diese Revolution hatte drei Hauptgründe, die ich nur kurz skizzieren möchte, um das Wesen der Revolution selbst ausführlich beschreiben zu können.

Erstens: Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Jahr 1989 wurde die europäische Geschichte durch die globale Rivalität der zwei Supermächte bestimmt. Diese Mächte etablierten eine bipolare Ordnung, die zwar spannungsreich, umstritten und manchmal gefährlich war, aber auch erstaun-

⁸ Hans Booms, hg. Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd 1: 1949 (Boppard, 1982).

⁹ L.V.Scott, *Conscription and the Attlee Governments: The Politics and Policy of National Service, 1945–1951* (New York, 1993).

¹⁰ Michel Martin, *Warriors into Managers: The French Military Establishment since 1945* (Chapel Hill, 1981).

¹¹ Siehe Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West Besatzung Österreichs, 1945–1955* (4. Auflage, Wien, 1998) und Erich Reiter, *Österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (Frankfurt, 1993).

lich stabil. Die Eckpfeiler dieses internationalen Systems bildete die stets problematische Antwort der Supermächte auf die deutsche Frage, d.h. eine Fragmentierung Deutschlands durch Annektierung und Vertreibung in Norden, Teilung in der Mitte und Neutralisierung im Süden. Dass die Besatzungsarmeen der Supermächte in Ost- und Westdeutschland verblieben, garantierte die Ordnung überall in Europa.

Diese bipolare Ordnung basierte auf der stets präsenten Gefahr eines Atomkrieges zwischen den Supermächten. Seit den sechziger Jahren zweifelte kein vernünftiger Mensch mehr daran, dass Europa einen solchen Krieg nicht überleben würde. Aber das ungeheuerere Ausmaß der potentiellen Zerstörung, das sich so abstrakt in Daten zu Sprengköpfen und Megatonnen ausdrückte, machte den Gebrauch solcher Waffen immer undenkbarer – oder genauer gesagt, es machte es für die meisten Menschen immer schwerer, überhaupt darüber nachzudenken. Die Möglichkeit eines Atomkriegs glich der Möglichkeit einer Naturkatastrophe oder einer tödlichen Krankheit. Wir wissen alle, dass Erdbeben und Wirbelstürme, Hirntumore und tödliche Herzinfarktsfälle uns treffen können, aber wir leben meist so, als gäbe es diese Bedrohungen nicht. Auf ähnliche Weise war den Europäern bewusst, dass ein Atomkrieg versehentlich oder mit Absicht ausbrechen konnte, doch die meisten von ihnen lebten ihr Leben unter der Prämisse, dass die Welt auch am nächsten Tag noch unverändert bestehen würde. Auf diese etwas widersprüchliche Art und Weise hat die mächtigste Waffe in der Geschichte der Menschheit zu einer Entmilitarisierung europäischen Denkens und Handelns beigetragen.

Zweitens: Das Sicherheitssystem des kalten Krieges unterstützte ein Netz von staatlichen Beziehungen in Westeuropa. Die Geschichte der europäischen Integration braucht hier nicht erzählt zu werden. Wichtig aber ist, ihr kompliziertes Verhältnis zur stillen Revolution kurz zu erwähnen.

Die Europäische Gemeinschaft basierte von Beginn an auf einer Mischung aus Idealen und Interessen. Dazu gehörte einerseits der von vielen Europäern geteilte Wunsch, den giftigen Rivalitäten der Vergangenheit zu entkommen und andererseits die sorgfältige Abwägung der jeweiligen nationalen Interessen durch die Politiker. Wenn man den Verlauf der Verhandlungen analysiert, ist dieser permanente Einfluss der Einzelstaaten unschwer festzustellen. Die Schöpfer der europäischen Integration sahen in der Europäischen Gemeinschaft einen Weg, ihre jeweiligen Staaten zu stärken und besser für das Bestehen in einer neuen und komplexen Welt zu rüsten. Für sie war Europa in der Sprache der amerikanischen Soziologie eine rationale Wahl. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass vage Konzepte wie «Interesse» und «Rationalität» erst in spezifischen historischen Situationen eine konkrete Bedeutung annehmen. Nur innerhalb der von den Supermächten durchgesetzten internationalen Ordnung konnte die verstärkte wirtschaftliche und rechtliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten rational erscheinen. Die Entstehung eines neuen Europa war darum nicht nur die Ursache für eine Entmilitarisierung; umgekehrt war diese auch die notwendige Voraussetzung für die europäische Integration.

Drittens: Die Entmilitarisierung Europas steht auch mit einer anderen bedeutenden Entwicklung der Nachkriegszeit in Zusammenhang: Dem Ende des Imperialismus, das 1945 ebenfalls nicht vorhersehbar war. So wie die alte Heeres- und Staatsverfassung schienen auch die kolonialen Reiche den Krieg zu überleben. Nach 1945 versuchten zunächst alle europäischen Kolonialmächte, einige oder sogar alle ihrer Kolonien mit Gewalt zu behalten. Doch dann nahm mit verblüffender Geschwindigkeit nicht nur die Fähigkeit, sondern auch der Wille dazu dramatisch ab. Teils widerwillig, oft aber auch erleichtert gaben die

europäischen Staaten ihre Kolonialreiche auf, um die so frei werdenden Energien und Ressourcen anders einsetzen zu können. Koloniale Gewalt erschien zunehmend als verschwenderisch, anachronistisch und illegitim – als Teil einer vergangenen Welt, in der die Fähigkeit zur Kriegsführung von zentraler Bedeutung für die Definition des Staates gewesen war. Aus diesem Grund war das Ende kolonialer Gewalt sowie Ursache als auch Ausdruck der stillen Revolution, also der Entmilitarisierung von Europa.

«Algerien kostet uns ... mehr, als es wert ist», erklärte Charles de Gaulle im Frühjahr 1961. «Die Entkolonialisierung ist in unserem Interesse und daher unser Ziel.»¹² In dieser Aussage drückt sich ein neuer Begriff von Staatszweck und Staatsinteresse aus. Zentrale Aufgaben der Regierung waren De Gaulle zufolge nun die Schaffung materiellen Wohlstands, sozialer Stabilität und eines Wirtschaftswachstums, also genau jene Ziele, die für die europäischen Wähler von zentraler Bedeutung waren und deren Verwirklichung sie von ihren Regierungen verlangten. Jetzt spiegelte sich die Macht des Staates im ökonomischen Erfolg und nicht mehr in militärischer Potenz wider. Umfragen bestätigten immer wieder, dass die Bevölkerung in den europäischen Staaten der Ökonomie politische Priorität beimaß. In einer Umfrage von 1975 etwa setzten 85 Prozent der Bundesbürger wirtschaftliche Fragen (einschließlich der Energiepolitik) an oberste Stelle. Als der amerikanische Soziologe Ronald Inglehart untersuchte, was die europäische Öffentlichkeit für die wichtigsten politischen Ziele des Staates hielt, ergab sich ein ähnliches Bild: In allen Ländern betrachtete eine Mehrheit der Befragten die Stabilisierung der Wirtschaft, den Kampf gegen die Inflation und Wachstum für das wichtigste oder zweitwichtigste Anliegen.¹³

Der deutlichste Gradmesser dieser politischen Erwartungen sind die Daten, die das Anwachsen und die Verteilung der öffentlichen Ausgaben dokumentieren. Diese Zahlen belegen zum einen, dass der Staatsapparat immens vergrößert wurde und zum anderen, dass die zentrale Funktion des Staates sich dramatisch verschob. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der größte Haushaltsposten überall in Europa die Verteidigung gewesen. Als in den sechzig Jahren die Ausgaben für das Sozialwesen anstiegen, sanken die Verteidigungsausgaben gleichzeitig teilweise drastisch. In England zum Beispiel blieben die Verteidigungsausgaben inflationsbereinigt zwischen 1955 und 1979 in etwa stabil (2,58 bzw. 2,63 Milliarden Pfund), aber ihr relativer Stellenwert sank von 25,1 auf 10,9 Prozent des Gesamthaushalts. In Holland sanken die Verteidigungsausgaben ähnlich, von 18,3 Prozent 1960 auf 9,8 Prozent 1980; zur selben Zeit sank deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt, das in diesem Zeitraum von 41,5 auf 333,9 Milliarden Gulden wuchs, von 4,2 auf 3,3 Prozent.¹⁴ Mit anderen Worten, obwohl das Wirtschaftswachstum den Staaten sehr viel höhere Einnahmen bescherte, gaben sie nichts von diesen zusätzlichen Ressourcen für das Militär aus. Der österreichische Politökonom Rudolf Goldscheid schrieb einmal: «Das Budget ist das aller tauschenden Ideologien rücksichtslos entkleidete Gerippe des Staates.»¹⁵ Die Haushalte der europäischen Staaten nach dem Krieg enthüllten also die stille Revolution der Entmilitarisierung.

¹² Zit. n. Ian Lustick, *Unsettled States, Disputed Lands: Britain and Ireland, France and Algeria, Israel and West Bank-Gaza* (Ithaca, N.Y., 1993), 324.

¹³ Ronald Inglehart, *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics* (Princeton, 1977).

¹⁴ Daten in Stockholm International Peace Research Institute, *Yearbook* (Stockholm, 1976ff.).

¹⁵ Zit. n. Philipp Genschel und Susanne Uhl, „Der Steuerstaat und die Globalisierung,“ in: *Transformationen des Staates*, hg. von S. Leibfried und M. Zürn (Frankfurt a.M., 2006), 92.

Der sinkende Anspruch des Militärs auf staatliche Ressourcen spiegelte präzise die Haltung der Bürger gegenüber Sicherheitsfragen wider. So fand Ronald Inglehart 1973 heraus, dass nur eine sehr kleine Minderheit der Befragten eine «starke Armee» an die erste oder zweite Stelle ihrer politischen Prioritäten setzte – nur 2 Prozent in Belgien und Dänemark, 3 in Frankreich, 5 in der Bundesrepublik und 6 in England. In den achtziger Jahren, als die Regierung unter Margaret Thatcher in Großbritannien versuchte, stärkeres Gewicht auf die Landesverteidigung zu legen, stuften nicht mehr als 20 Prozent der Bevölkerung sie als wichtigstes politisches Problem ein.¹⁶ Und nur ein sehr viel kleinerer Prozentsatz befürwortete eine Steigerung der Verteidigungsausgaben, insbesondere, wenn diese zu Lasten der Sozialausgaben ginge. Natürlich sollte man diese Zahlen nicht dahingehend interpretieren, dass den Europäern ihre nationale Sicherheit gleichgültig war. Niemand wollte eine Grenzverletzung oder Besetzung durch die Armee eines anderen Landes. Die Daten drücken aus, dass die meisten Menschen einen militärischen Angriff für nicht mehr wahrscheinlich hielten und darum von ihren Regierungen erwarteten, sich anderen, drängenderen Problemen zu widmen. Wenn Europäer sich mit dem Thema Sicherheit beschäftigten, dachten sie dabei immer weniger an den Schutz ihres Staates vor äußeren Feinden – in den Mittelpunkt ihrer Sorgen rückte zunehmend der Schutz ihrer unmittelbaren Interessen und ihres künftigen Wohlergehens.

Die gleiche Entwicklung lässt sich auch verfolgen, wenn man untersucht, wie sich die auf Wehrpflicht basierende Massenarmee nach 1945 veränderte. Doch weil der Inhalt und nicht die Form der Heeresverfassung sich wandelte, verliefen diese Wandlungsprozesse weitgehend unbemerkt.

Wie wir gesehen haben, bestand mit Ausnahme Großbritanniens in den übrigen europäischen Staaten auch am Ende des 20. Jahrhunderts noch eine Form der Wehrpflicht. Doch mit der Zeit veränderte sich der Charakter der Armeen. Das lag zum Teil daran, dass die Verringerung der Verteidigungsausgaben sowohl die Größe der Armeen als auch die Qualität der militärischen Ausbildung und Ausrüstung stark einschränkte. Die französische Regierung versuchte beispielsweise, die Kosten zu begrenzen, indem sie die Zahl der Zurückstellungen steigerte (bis 1967 auf 45 Prozent der Wehrpflichtigen) und die physischen Anforderungen für die Einberufung erhöhte. In den meisten Staaten wurden die Dienstzeiten verkürzt (von durchschnittlich 18 auf 12 Monate) und die Reserveverpflichtungen gesenkt. Außerdem erleichterten fast alle Regierungen es den Wehrpflichtigen, Ersatzdienst zu leisten – ein wirksames Mittel, dem öffentlichen Widerstand gegen die Wehrpflicht zu begegnen. Nach 1968 durften etwa dänische Rekruten ohne Angabe von Gründen eine nichtmilitärische Alternative wählen. In der Bundesrepublik stieg die Anzahl junger Männer, die Zivildienst leisteten, ständig an: 1964 waren es 4000, 1988 über 77.000 und in den neunziger Jahren fast die Hälfte der Einberufenen. Eine Mehrheit der Deutschen betrachtete den Ersatzdienst als ebenso vernünftig und produktiv wie den Wehrdienst. Und eine Minderheit war sogar davon überzeugt, dass Fähigkeiten, die im Zivildienst erworben wurden – zum Beispiel Krankenpflege--noch wertvoller für die Gesellschaft waren als das, was während des Wehrdienstes gelernt wurde. Zivildienst sei demnach die eigentliche Schule der Nation.¹⁷

¹⁶ Inglehart, 49.

¹⁷ Heinz Bartjes, „Der Zivildienst als die moderne ‚Schule der Nation‘?“ in: Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945, hg. von Thomas Kühne (Münster, 2000), 128–143.

Bemerkenswert ist, dass sich auch die innere Heeresverfassung veränderte. Als Reaktion auf öffentlichen Druck lockerten manche Armeen die Disziplin und senkten die Leistungsstandards; einige wenige wie die holländische führten regelmäßige Arbeitszeiten und bezahlte Überstunden ein und erlaubten die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft – kurz, sie machten den Dienst in der Armee zu einem Beruf wie jeden anderen. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts sollte der Wehrdienst der Zivilgesellschaft die Tugenden Disziplin, Patriotismus und Opfergeist lehren. Nach 1960 wurden die westeuropäischen Armeen zunehmend von den Werten und Gewohnheiten der zivilen Welt beeinflusst. Das Resultat war das Gegenteil von Militarisierung, ein Vorgang, den der Militärsoziologe Jacques van Doorn „Zivilisierung“ genannt hat, womit er die zunehmende Durchdringung militärischer Institutionen durch zivile Gewohnheiten und Werte meinte.¹⁸

Das Ergebnis dieser Entwicklungen war ein langsames Schrumpfen der Armeen und ein deutliches Absinken ihrer militärischen Leistungsfähigkeit. Doch das bereitete nur noch einigen Berufssoldaten und strategischen Denkern Sorge. Im Großteil Westeuropas wurde die Existenz von Wehrpflichtigenarmeen von einer Minderheit kategorisch abgelehnt, von der Mehrheit gleichgültig hingenommen und von kaum jemandem begeistert befürwortet. Für die meisten waren ein paar Monate oder ein Jahr in der Armee eine Unterbrechung im ansonsten zivilen Leben eines jungen Mannes – für manche willkommen und für andere ärgerlich, aber ganz sicher keine Erfahrung mehr, die von den Idealen des Heroismus durchdrungen und durch Opferbereitschaft emotional aufgeladen gewesen wäre. In Frankreich waren 80 Prozent der Bevölkerung positiv gegenüber der Wehrpflicht eingestellt, doch gleichzeitig glaubte die Hälfte, dass ihre Söhne den Wehrdienst vermeiden sollten. Es ist darum wenig überraschend, dass die Abschaffung der Wehrpflicht in den neunziger Jahren so wenig politisches Interesse weckte.¹⁹

Die Wehrpflicht ist dem britischen Historiker Victor Kiernen zufolge „immer ein wichtiger Index ihrer Gesellschaft; sie nur als Methode der Kriegsführung anzusehen, greift viel zu kurz.“²⁰ Das stimmte zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als Europäer die Wehrpflichtigenarmeen als Schule der Nation ansahen, und es stimmt auch für die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, als diese Armeen durch die stille Revolution der Entmilitarisierung transformiert wurden.

Um die Bedeutung dieser Entmilitarisierung sichtbarer zu machen, brauchen wir bloß die repräsentative Rolle des Militärs am Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts zu vergleichen. Um 1900 war jede europäische Großstadt voller Männer in Uniform, in ihren Straßen wurden kriegerische Rituale vollzogen und ihr Bild prägten monumentale Erinnerungen an vergangene Siege. Im Jahr 2000 waren staatliche Symbole kaum noch militärisch geprägt und die Uniformen selbst gestalteten sich bewusst farblos und unauffällig. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das Offizierskorps mit der Aristokratie verbunden, seine Mitglieder spielten prominente Rollen am Hof und waren überaus beliebt als Dinergäste und potentielle Schwiegersöhne. Nach 1945 sank der Sozialstatus des Berufssoldaten ständig. In Frankreich beispielsweise wählten Mitte

¹⁸ Jacques Van Doorn, „The Decline of the Mass Army in the West,” *Armed Forces and Society*, 1.1 (1975), 147–57.

¹⁹ Siehe James Burk, „The Decline of Mass Armed Forces and Compulsory Military Service,” *Defense Analysis* 8 (1992), 45–59.

²⁰ Kiernan, „Conscription and Society in Europe before the War of 1914–1918,” in: *War and Society*, hg. von Michael Foot (New York, 1973), 141.

der siebziger Jahre 58 Prozent der Befragten den Beruf des Chirurgen als den prestigereichsten, den des hohen Offiziers dagegen nur 6 Prozent.

Vor nicht langer Zeit schlug der damalige Londoner Bürgermeister Ken Livingstone vor, die militärischen Denkmäler vom Trafalgar Square zu entfernen. Dieser Vorschlag wurde zwar nicht umgesetzt, aber es ist andererseits auch sehr unwahrscheinlich, dass neue Militärdenkmalwerke hinzukommen werden. Wann ist in einer europäischen Stadt zuletzt ein Denkmal für einen Kriegshelden errichtet oder eine Straße nach einer Schlacht benannt worden? In Berlin liegt die Vorderfront des Verteidigungsministeriums an einer Straße, die den Namen eines Anführers der Matrosenrevolte von 1918 trägt, links und rechts des Gebäudes sind die Straßen nach dem Widerstandskämpfer Claus von Stauffenberg und nach Hiroshima benannt. Die neuesten Mahnmäler der deutschen Hauptstadt sind den Opfern des Krieges und des Völkermords, nicht den Kämpfern und Helden gewidmet. Und die größte Parade des Jahres in Berlin ist die „Love Parade.“

Selbstverständlich sind die europäischen Staaten noch zu militärischer Gewalt in der Lage. Sie bewahren – um mit Max Weber zu sprechen – das Monopol legitimer Gewalt. Aber die politische, soziale und kulturelle Bedeutung dieses Gewaltmonopols hat sich grundsätzlich verändert. Gewalt anzuwenden ist die Aufgabe von Berufssoldaten, nicht von Bürgern. (Das gilt auch für Deutschland und andere Staaten, in denen die Wehrpflicht noch besteht.) Wie Polizisten und Feuerwehrmänner nehmen diese Spezialisten für Gewalt die Verantwortung und Gefahren ihres Berufs freiwillig an. Dafür werden sie bezahlt und erhalten gewissermaßen auch Anerkennung, weil die Mehrheit ihrer Mitbürger die Nützlichkeit und sogar die Notwendigkeit ihres Berufs akzeptiert. Doch niemand würde diese Institutionen – Armee, Polizei, Feuerwehr – als den symbolischen Kern der Nation bezeichnen.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts wird, um mit Michael Howard zu sprechen, „der Tod nicht mehr als Bestandteil des Gesellschaftsvertrags angesehen.“²¹ Seit der stillen Revolution verlangt der Staat von seinen Bürgern nicht mehr die Bereitschaft zu töten oder zu sterben. Und damit verändert sich das Wesen des Staates und die Beziehung zwischen Bürgern und Staat. Der Staat hat seinen sakralen Charakter verloren. Er wird eine Einrichtung wie viele andere – pragmatisch, nützlich, sogar notwendig, aber eben auch säkular und ohne Anspruch auf ein besonderes Engagement zu seinen Gunsten. Mit anderen Worten ist Renans „durch vergangene und künftige Opfer geschaffene Gemeinschaft“ historisch überholt worden. Über Opfer spricht der Staat heutzutage ungern. Wie sonst ist die wachsende Popularität von Doppelbürgerschaften zu verstehen? Man ist Bürger zweier oder mehr Staaten genau so, wie man ein Konto bei mehr als einer Sparkasse hat oder Mitglied in mehr als einem Verein ist.

Mit dieser tiefgreifenden Verwandlung des Staates vor Augen möchte ich mich jetzt zwei aktuellen Themen zuwenden.

Das erste ist die andauernde Schwierigkeit, eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik zu schaffen. Seit dem Jahr 1970 haben die Führer der europäischen Gemeinschaft immer wieder den Willen zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik formuliert. Sie wurde in verschiedenen Verträgen und Reformvorschlägen beschlossen und vorbereitet. Doch auch wenn inzwischen einige sehr bescheidene Schritte unternommen worden sind, existiert diese Politik noch immer nicht. Was fehlt? Geld? Selbstverständlich, aber Europa verfügt über die Mittel, um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

²¹ Howard, Die Erfindung des Friedens (Lüneburg, 2001), 99.

zu finanzieren – wenn es wollte. Manche glauben, dass es gelte, institutionelle Hürden zu überwinden. Darum sollte eine bessere Verfassung, ein klarer Reformvertrag die Grundlage für eine EU-Verteidigungspolitik schaffen. Die Beschreibung von Sicherheitsfragen im Reformvertrag von Lissabon ist aber eine Spiegelung und keine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten. Absatz Eins von Artikel Elf lautet:

„Die Zuständigkeit der Union in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik sowie auf sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Union, einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.“²²

Dieses Zitat verdeutlicht das Spannungsverhältnis zwischen ambitionierten allgemeinen Absichten („Die Zuständigkeit der Union erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik“) und hoch qualifizierten praktischen Bindungen („schrittweisen Festlegung ... die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.“). Diese Spannung prägte bislang jeden Versuch, eine europäische Sicherheitspolitik zu formulieren. Und es ist klar, dass die bestehende Problematik nicht durch eine klug formulierte Verfassung gelöst werden wird. Dazu wurzeln die Schwierigkeiten viel zu tief in der europäischen Politik und Kultur.

Wenn Charles Tilly behauptete, „Staaten machten Krieg – und umgekehrt.“, dann muss man diesen Ausspruch für die Europäische Union umkehren: Der Frieden machte die EU – und umgekehrt. Das ist ihre historische Leistung und die Quelle ihrer besonderen Stärke, doch gleichzeitig resultieren daraus auch ihre politische Schwäche und künftige Beschränkungen. Die EU ist eine entmilitarisierte Supermacht und wird es wahrscheinlich auch bleiben.

Das zweite Thema, auf das ich zu sprechen kommen möchte, liegt nah am ersten: Aus der Unfähigkeit, eine gemeinsame Sicherheitspolitik aufzubauen, resultiert die andauernde Abhängigkeit Europas von den USA.

Das atlantische Bündnis ist uns so vertraut und existiert nun schon so lange, dass wir seine Seltsamkeit leicht übersehen wird. Schon 1966 schrieb der amerikanische Politologe Harold Cleveland: „Es ist sicher ein Präzedenzfall, dass 250 Millionen talentierte Menschen, die über eine rasch wachsende Industriewirtschaft verfügen ..., sich für ihre Sicherheit auf einen Verbündeten verlassen (müssen), der 3000 Meilen weit weg ist.“²³ Das war im Jahr 1966 seltsam und ist im Jahr 2009 noch seltsamer.

Der klarste Ausdruck dieser Beziehung ist wohl die außerordentliche Langlebigkeit der NATO. Wie Sie wissen, sind die meisten Bündnisse in der Geschichte kurz und zerbrechlich. Doch die NATO hat ihren 50. Geburtstag gefeiert. Die meisten Bündnisse sind gegen einen bestimmten Feind organisiert. Doch der Hauptfeind der NATO existiert seit zwanzig Jahren nicht mehr. Dessen ungeachtet wurde die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges erweitert. Jetzt hat sie 28 ordentliche Mitglieder und 22 weitere im „Partnership for Peace“ Programm. Sogar Frankreich kehrte vor kurzem in die NATO zurück.

Die NATO ist zugleich Ausdruck der Unentbehrlichkeit des atlantischen Bündnisses und der konfliktreichen Spannungen, die zwischen den USA und Europa, aber auch innerhalb der europäischen Regierungen und Öffentlichkeiten existieren. Während des Irak-Krieges führten diese Konflikte zu tiefen

²² „Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,“ Kapitel 2, Artikel 11, Absatz 1 (<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00014.en07>).

²³ Cleveland, *The Atlantic Idea and Its European Rivals* (New York, 1966), 4.

Gräben im Bündnis – die noch nicht wieder zugeschüttet sind. Interne Spannungen spielen eine große Rolle in Afghanistan, wo Soldaten aus vielen NATO- (und auch Partner-)Ländern eingesetzt sind, jedoch in sehr unterschiedlichem Umfang und mit sehr unterschiedlichen militärischen Funktionen. Und wie wir wissen, wird darüber heftig gestritten, besonders in Deutschland, aber auch in Frankreich und England.

Sowohl das Fortbestehen der NATO als auch ihre internen Spannungen sind Folgen der europäischen Demilitarisierung, der stillen Revolution. Diese machte die Europäer in Sicherheitsfragen von den USA abhängig und sorgt gleichzeitig und aus den selben Gründen bei vielen für ein Unbehagen aufgrund dieser Abhängigkeit. Mit beidem umzugehen, bleibt darum eine Herausforderung für die Regierenden des atlantischen Bündnisses.

Zum Abschluss möchte ich zu Otto Hintze zurückkehren. Am Ende seines Vortrages, den er 1906 hielt, sagte der Historiker Folgendes:

„Dass die Welt für den ewigen Frieden noch nicht reif ist, das haben die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit wider einmal recht deutlich gezeigt; es wird wohl in absehbarer Zukunft bleiben, wie es bisher gewesen ist in der Völkergeschichte, nämlich dass Form und Geist der Staatsverfassungen nicht allein durch die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse und Interessenkämpfe, sondern in erster Linie durch die Notwendigkeit von Abwehr und Angriff, d.h. durch die Kriegs- und Heeresverfassung bedingt sind.“²⁴

Wie aktuell ist diese Aussage Hintzes ein Jahrhundert später noch? Zweifelsohne hat die Welt und insbesondere die europäische Welt sich grundsätzlich verändert. Innerhalb Europas besteht keine militärische Bedrohung mehr. Darum sind Form und Geist der europäischen Staatsverfassung jetzt „in erster Linie“ durch die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse und Interessenkämpfe bedingt. Aber genau wie im Jahr 1906 ist die übrige Welt auch 2009 noch nicht reif für den ewigen Frieden. Trotz der stillen Revolution müssen die Zivilstaaten Europas in und mit dieser noch immer friedlosen Welt leben.

Vorgelegt von w.M. Arnold Suppan
in der Sitzung am 11. Dezember 2009

²⁴ Hintze, 83.